

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 48. Kalenderwoche 2010

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

Gegen den erbitterten Widerstand der SPD hat Schwarz-Gelb heute nach heftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen das Gesetz zur „Neuregelung der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger“ verabschiedet. Alleinstehende Erwachsene erhalten ab dem 01.01.2011 willkürlich festgelegte 5 Euro „Erhöhung“ und das hochstilisierte „Bildungspaket“ für Kinder wird sich als bloß kleines Päckchen entpuppen, welches zudem sehr bürokratisch, unsicher in der Umsetzung und zu wenig Lernmöglichkeiten gepackt ist.

Dieses Gesetz wird im Vermittlungsausschuss oder vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Weder SPD noch SPD-Bundestagsfraktion lassen die Verpackungskünste der „Staatschauspielerin“ von der Leyen durchgehen: u.a. die nicht sachgerechte Berechnung des Existenzminimums, da nicht mehr 20 sondern nur noch 15 Prozent der unteren Einkommen, dafür aber wohl die verdeckten Armen, diejenigen, die Sozialleistungen erhalten könnten, diese aber nicht in Anspruch nehmen, einbezogen wurden. Wären allein diese nicht einbezogen, wäre das Existenzminimum nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 28 Euro höher.

Sigmar Gabriel hat Recht, wenn er sagt, dass wir darüber streiten, „in welche Richtung Bildungspolitik in Deutschland gehen soll“. Die SPD steht für den Ausbau der Infrastrukturen und hatte deshalb das vier Milliarden Euro umfassende Bildungsprogramm umgesetzt. Die nun verabschiedeten Mini-Bildungspaketchen erhöhen die Transferleistungen für einen kleinen Teil der Familien. Richtig ist es aber, mehr Geld in die Kita und Schule zu stecken, für mehr ErzieherInnen und SozialpädagogInnen zu sorgen. Das ist Voraussetzung für Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle.

Ich wünsche allen einen besinnlichen Advent und viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Eure
Mechthild

Inhalt:

■ Gesundheitspolitik	
Fachveranstaltung - Fachkräftemangel im Gesundheitswesen	2
■ Arbeitsmarktpolitik	
Gesetzentwurf zu Regelsätzen ist ungenügend	2
Rente mit 67 verschieben	3
■ Finanzpolitik	
Gewerbesteuer stärken	4
■ Rechtspolitik	
Neuregelung der Sicherungsverwahrung	4
■ Enquête-Kommission	
SPD setzt Fortschritts- Enquête ein	5
■ Außenpolitik	
Absage an die NATO	5
■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Mitte	
Engagierte brauchen Unterstützung	6
Tempelhof-Schöneberger Betriebs- und Personalräte im Bundestag	7
Welt-Aids-Tag: Gedenk-Stelen-Einweihung	8
Migrationspolitischer Empfang in Berlin-Mitte	8
■ Terminhinweise	
07. Dezember – 15. Dezember	9



■ **Gesundheitspolitik**

Fachveranstaltung - Fachkräftemangel im Gesundheitswesen



„Wie muss Politik heute steuern?“ lautete die zentrale Frage auf der vor allem von Betriebs- und PersonalrätInnen, Frauenvertreterinnen und VertreterInnen von Schwerbehindertenvertretungen besuchten Veranstaltung „Fachkräftemangel im Gesundheitswesen“ am 26. November im Vivantes Klinikum im Friedrichshain mit Ulla Schmidt (MdB), Bundesgesundheitsministerin a.D. und mir, Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses. Von der Bundesregierung fordern wir, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen nicht zu VerliererInnen gemacht werden dürfen. Wir fordern u.a. die Rücknahme der jüngsten schwarz-gelben Koalitionsbeschlüsse: Vor allem Krankenhäuser werden erheblich belastet durch Mehrleistungsabschläge und den fehlenden Ausgleich für Tarifsteigerungen - das hat vor allem Folgen für die in der Pflege Tätigen. **Politisch notwendig ist:**

- **ein allgemeiner Mindestlohn von 8,50 Euro im Gesundheitswesen**
- **die Tarifeinheit im Betrieb**
- **der Ausbau der integrierten Versorgung mit entsprechend neuen Personalbedarfsplanungen und Organisationsstrukturen**
- **Ausbau der Telemedizin**
- **die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Sektoren.**

Ich forderte eine Offensive zur Attraktivitätssteigerung für Berufe in der Pflege und im Gesundheitswesen. Zu wenige junge Menschen finden hier ihren „Traumberuf“ und zu wenige Ältere bleiben hier bis zur Rente. Der Mangel an Fachpersonal in diesen personenorientierten Dienstleistungsberufen gefährdet aber den sozialen Zusammenhalt in unserer älter werdenden Einwanderungsgesellschaft. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist hier der Schlüssel.

Die anwesenden ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen forderten u.a.:

- bessere arbeitsrechtliche und arbeitsorganisatorische Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Schichtarbeit
- die Professionalisierung von Pflegefachkräften ist zu verstärken, die interdisziplinäre Kooperation „auf Augenhöhe“ und die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege- und Gesundheitsfachkräfte auszubauen.

- den Ausbau von Maßnahmen zur guten und gesunden Arbeit, damit Beschäftigte nicht vorzeitig physisch als auch psychisch ausgelaugt sind und vorzeitig aus ihren Berufen aussteigen müssen.

Für Ulla Schmidt sind mit dem demographischen Wandel vor allem drei große Herausforderungen zu bewältigen:

- In unserem Bildungswesen darf kein Talent verloren gehen: 70.000 SchülerInnen ohne Schulabschluss sind ein Skandal. Auszubauen sei auch die Gesundheitsprävention für Kinder und Jugendliche, denn: Gesunde Kinder lernen besser.
- Berufe im Gesundheitswesen sind für Jüngere attraktiver zu gestalten: Das Gesundheitswesen biete interessante, innovative und zukunftssichere Berufsfelder.
- Älteren Fachkräften muss der längere Verbleib im Gesundheitswesen ermöglicht werden: Zu viele Fachkräfte verließen ihren Beruf in den 50ern. Der Auf- und Ausbau von Tätigkeitsfeldern, in denen die Erfahrung von Pflegefachkräften unverzichtbar ist, sei voranzutreiben: z.B. im Dokumentationsbereich, im Medizinischen Dienst, in den Pflegestützpunkten und Beratungsstellen, in der integrierten Versorgung.

Die Fachveranstaltung war der Auftakt zu weiteren Dialogen mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen, der im Jahr 2011 intensiv fortgesetzt wird.

■ **Arbeitsmarktpolitik**

Gesetzentwurf zu Regelsätzen ist ungenügend

Am 3. Dezember wurde im Bundestag abschließend über den Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen beraten. Kaum ein anderes Thema erhitze die Gemüter so, wie die Frage



der Existenzsicherung von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Deshalb müssen politische Verantwortliche sehr sorgfältig und ernsthaft mit der Frage umgehen. Schwarz-Gelb hat dabei versagt: Sie hat zu lange Zeit verstreichen lassen, mit der „Chipkarte“ eine Gespensterdiskussion geführt und bleibt in zentralen Punkten hinter verfassungsrechtlich und sozialpolitisch notwendigen Lösungen zurück.

Stattdessen werden Langzeitarbeitslose und Geringverdiener gegeneinander ausgespielt: Bei den Regelsätzen wird getrickelt und manipuliert, um eine möglichst geringe Erhöhung zu errechnen.

Bei der Teilhabe von Kindern soll ein warmes Mittagessen in der Schule künftig übernommen werden. Gleichzeitig

werden aber keine Voraussetzungen geschaffen, damit für mehr als 20 Prozent der SchülerInnen überhaupt ein Angebot zur Verfügung steht. Bei den geplanten Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, die mit 10 € im Monat bewertet werden, sollen die Gebühren und Mitgliedsbeiträge in Vereinen und Musikschulen abgerechnet werden können. Ausgenommen werden aber Kosten, die z. B. für Sportartikel oder ein Instrument und auch für Fahrtkosten anfallen.

Zudem wird ein bürokratisches Monstrum geschaffen, indem die JobCenter diese Leistungen nicht nur über Gutscheine abrechnen, sondern Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern über ihre Eignung abschließen sollen. Die Regierung rechnet mit mindestens 135 Millionen Euro an reinen Verwaltungskosten bei den Jobcentern pro Jahr. Die Bundesagentur für Arbeit beziffert den zusätzlichen Personalbedarf mit 1.300 MitarbeiterInnen. Die Pläne haben daher bereits den Bundesrechnungshof auf den Plan gerufen. In einer Stellungnahme heißt es: „Die zu erwartenden Kosten des Verfahrens stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert dieser Leistungen.“

Diesem Gesetzentwurf kann die SPD-Bundestagsfraktion nicht zustimmen! In unserem Antrag (Drs. 17/3648) definieren wir stattdessen die Anforderungen, wie verfassungskonforme Regelsätze korrekt berechnet werden. An einem Wettlauf um die höchsten Regelsatzforderungen beteiligen wir uns nicht. Die Regelsätze müssen mit einem Mindestlohn flankiert werden: Nicht das Existenzminimum muss unter den untersten Löhnen liegen, sondern die untersten Löhne darüber. Bei der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist eine Öffnung für weitere Geringverdienende notwendig, damit auch die Kinder in Haushalten, die Wohngeld beziehen, davon profitieren. Zusätzlich spricht die SPD-Bundestagsfraktion sich für ein Programm flächendeckender Schulsozialarbeit aus, um die Bildungs-teilhabe und soziokulturelle Teilhabe zu unterstützen.

Es geht um eine Richtungsentscheidung: Um bessere Bildung für alle zu erreichen, brauchen wir mehr und bessere Kitas und Ganztagschulen. Schwarz-Gelb hat unsere Forderungen im Bundestag abgelehnt. Das nächste Wort hat nun der Bundesrat.

Rente mit 67 verschieben



Die SPD-Bundestagsfraktion sieht die Voraussetzungen für einen Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahr 2012 nicht gegeben. Zwar hat die Anzahl älterer

erwerbstätiger Frauen und Männer in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, dennoch ist der Anteil der 60- bis 64-Jährigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, mit 23,4 Prozent im Jahr 2009 zu gering.

Grundsätzlich halten wir als SPD an der Rente mit 67 fest. Um langfristig ein höheres Renteneintrittsalter erreichen zu können, muss jedoch die Quote der 60- bis 64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf mindestens 50 Prozent erhöht werden. Dazu haben wir den Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen: Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ (Drs. 17/3995) vorgelegt.

Aus gutem Grund haben die SozialdemokratInnen 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsaltes mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft ist. Die schwarz-gelbe Bundesregierung redet sich die Zahlen schön und drückt sich vor der Tatsache, dass allein die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht sicherstellt, dass die Beschäftigten das Renteneintrittsalter auch erreichen.

Rente mit 67 bleibt notwendig

Langfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig. Bei einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, bei einem späteren Eintritt von jungen Menschen ins Arbeitsleben und weil künftig immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüberstehen kann so die gesetzliche Rentenversicherung als Grundlage der Altersvorsorge gestärkt werden.

Gesamtkonzept zur Begleitung der Anhebung des Renteneintrittsalters vorlegen

Mit unserem Antrag haben wir der Regierung anlässlich des ersten Überprüfungsberichts zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre konkrete Anforderungen für ein Gesamtkonzept vorgelegt. Darin definieren wir, unter welchen Bedingungen die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial verträglich umgesetzt werden kann. Wir sprechen uns dafür aus, den Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters zu verschieben und erneut 2014 die Beschäftigungssituation der 60- bis 64- Jährigen zu prüfen. Unser Ziel ist ein nahtloser Übergang aus dem Arbeitsleben in eine Rente ohne Abschlüsse als Regelfall.

Bessere Arbeitsbedingungen für Ältere schaffen

Die Arbeitssituation für ältere Beschäftigte muss verbessert werden. Das heißt, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zum einen den gesundheitlichen Verschleiß reduzieren (alternsgerechtes Arbeiten) und zum anderen das spezifische Leistungsvermögen Älterer oder

erwerbsgeminderter Menschen berücksichtigen (altersgerechtes Arbeiten). Um gute Lösungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln, soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit der wichtigen Partner wie Gewerkschaften, ArbeitgeberInnen, Stiftungen, gesetzliche und private Krankenversicherung, gesetzliche Renten- und Unfallversicherung und der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Kommunen vorantreiben.

Übergang in Rente flexibel gestalten

Nicht alle Beschäftigten werden gesundheitlich in der Lage sein, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze arbeiten zu können. Deshalb müssen die Übergänge in die Rente flexibel gestaltet werden. Dazu gilt es, die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit fortzusetzen. Ab dem 60. Lebensjahr soll neben einer verkürzten Arbeitszeit eine Teilrente bezogen werden können. Außerdem muss die Möglichkeit geschaffen werden, bei belastenden Tätigkeiten durch Zusatzbeiträge Abschläge bei einer vorgezogenen Rente vermeiden zu können. Diese können von den Rentenversicherten, dem jeweiligen Arbeitgeber und auch von tariflichen Fonds finanziert werden.

Außerdem soll eine bessere Absicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung erfolgen und der Altersarmut entgegengesteuert werden. Hier gilt es bis zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bei Geringverdienende die Mindestentgeltpunkte höher zu bewerten.

■ Finanzpolitik

Gewerbsteuer stärken

Schwarz-Gelb fährt auch bei der Gewerbesteuer einen Zick-Zack-Kurs, der auf die Orientierungslosigkeit bei der Reform der kommunalen Finanzen zurückzuführen ist. Die Zusage des Bundesfinanzministers, die Gewerbesteuer nicht anzutasten, wurde durch den Koalitionsausschuss am 18. November wieder zurückgenommen. Dieses Hin und Her schadet den Kommunen, die eine klare und verlässliche Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung brauchen.



Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung, die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt - das ist hin und her gerechnet worden - zur Gewerbesteuer keine ernsthafte Alternative.

Am 2. Dezember hat die Fraktion dazu den Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken“ (Drs. 17/3996) im Bundestag eingebracht. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Zusage einzuhalten, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt;
- alle weiteren Maßnahmen zur Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage zu unterlassen;
- die finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells (Erweiterung der Hinzurechnungen und die Einbeziehung der Selbständigen und freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht) zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zeitnah zu berechnen;
- die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf der Grundlage des Kommunalmodells fortzusetzen und zügig zu einem Abschluss zu führen;
- auf die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer zu verzichten; die Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommensteuer abhängig zu machen.

In dem Zusammenhang wurde auch erneut über unseren Antrag vom März diesen Jahres debattiert, in dem wir einen Rettungsschirm für Kommunen (Drs. 17/1152) gefordert hatten.

■ Rechtspolitik

Neuregelung der Sicherungsverwahrung



Das Gesetz kommt spät, aber nicht zu spät. Mit der Neuregelung der Sicherungsverwahrung ist eine Antwort auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gefunden. Sie ermöglicht vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen weiter vor Gewalttätern zu schützen, die als hochgefährlich angesehen werden müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die von der Koalition vorgelegte Neuregelung der Sicherungsverwahrung nach Verbesserungen durch unsere Vorschläge. Die SPD hat sich in einem wichtigen Punkt in den Beratungen durchgesetzt und eine wesentliche Verbesserung erzielt: Der Anwendungsbereich der Sicherungsverwahrung ist jetzt deutlicher als bisher beschränkt. Eine Reihe von Vermögensdelikten und Delikten ohne Gewaltanwendung können jetzt nicht mehr Anlasstat für eine Sicherungsverwahrung sein. Das ist eine wesentliche Verbesserung, denn die Sicherungsverwahrung soll als schärfste Maßnahme des deutschen Rechts nur bei Straftaten gegen Leben, körperliche

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung möglich sein. Schwachpunkt bleibt, dass die Koalition nicht dem SPD-Petition gefolgt ist und schon im jetzigen Gesetzgebungsverfahren entsprechende Anpassungen im Jugendstrafrecht nachgezeichnet hat. Dort bleibt die nachträgliche Sicherungsverwahrung somit erst einmal möglich. Hier muss dringend gehandelt werden. Dazu und zu weiteren Punkten, bei denen wir Verbesserungsbedarf sehen, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Der Antrag beinhaltet u.a. die Aufforderung, die sachlich unbegründete Ungleichbehandlung von Neufällen nach neuem Recht und Altfällen nach altem Recht zu beseitigen und eine klare Definition des Begriffs „psychische Störung“ und eine klare Regelung der Unterbringung im Zusammenhang mit dem neuen Therapieunterbringungsgesetz vorzunehmen. Die Umsetzung des neuen Gesetzes liegt nun bei den Ländern. Sie müssen schnell sicherstellen, dass alle Gewalttäter, die unterzubringen sind, tatsächlich untergebracht bleiben. Dabei sind die klaren Vorgaben des Gerichtshofs zur Ausgestaltung der Unterbringung zu beachten. Mit diesen steht und fällt die Sicherungsverwahrung. Bei dieser wichtigen Aufgabe darf der Bund die Länder nicht im Regen stehen lassen. Hier bleibt die Bundesregierung in der Pflicht.

■ Enquête-Kommission

SPD setzt Fortschritts-Enquête ein



Die von der SPD initiierte Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ist am 1. Dezember 2010 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden (Drs. 17/3853). Die Kommission wird sich damit beschäftigen, wie man eine breit akzeptierte und generationengerechte Wachstumsperspektive für unser Land entwickeln und diese jenseits des BIP beschreiben und messen kann.

Das Vertrauen unserer Bevölkerung in die soziale Marktwirtschaft ist auf ein Rekordtief gefallen. Dies belegen die Ergebnisse einer Umfrage des Bundesverbandes deutscher Banken (10.11.2010). Demnach vertreten nur noch 48 Prozent der Bevölkerung die Ansicht, dass sich die Wirtschaftsordnung Deutschlands bewährt habe. Dies ist der niedrigste Wert seit 1994, als sich noch 73 Prozent der Bundesbürger positiv zur sozialen Marktwirtschaft geäußert hatten. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil derer auf 41 Prozent verdoppelt, die dem traditionellen Wirtschaftsmodell kritisch gegenüber stehen.

Dementsprechend gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden. Lange Zeit galt das BIP als Gradmesser für das Wohlergehen und damit für die Lebenszufriedenheit der Menschen, die in dieser Volkswirtschaft leben.

Wenn wir aber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt messen wollen, dann brauchen wir einen neuen Indikator, der die folgenden Aspekte mitberücksichtigt:

- den materiellen Lebensstandard;
- den Zugang zu und Qualität von Arbeit;
- die gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, die soziale Inklusion und Kohäsion;
- intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen;
- Bildungschancen und Bildungsniveaus;
- Gesundheit und Lebenserwartung;
- Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, sozialer Sicherung und politischer Teilhabe;
- die subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und die Zufriedenheit.

Geschlechtergerechtigkeit ist mein Ziel. Gesellschaftlicher Fortschritt muss auch die politischen Herausforderungen der Frauenförderung, Gleichstellung und des Gender-Mainstreamings beinhalten.

Es ist vorgesehen, dass der Enquête-Kommission siebzehn Mitglieder des Deutschen Bundestages und siebzehn Sachverständige angehören. Davon besetzt die SPD-Fraktion acht Mitglieder, je vier Abgeordnete und Sachverständige. Als Abgeordnete sind Daniela Kolbe (Vorsitz), Peter Friedrich (Sprecher), Ingrid-Arndt-Brauer und Oliver Kaczmarek von der Fraktion gewählt worden.

Die Enquête-Kommission soll zum Ende dieser Wahlperiode einen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die Politik vorlegen. Wir werden darauf achten, dass dabei soziale Interessen gewahrt werden, Ökologie geschont wird und Ökonomie zukunftsfähig ausgestaltet wird.

■ Außenpolitik

Absage an die NATO

Der Bundestag hat drei Mandate zur Beteiligung der Bundeswehr an internation-



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

alen Einsätzen beschlossen. Während die EU-Missionen vor der somalischen Küste sowie in Bosnien und Herzegowina nach wie vor die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion fanden, stieß der Antrag der Regierung zur Verlängerung der deutschen Beteiligung an der NATO-Operation Active Endeavor im Mittelmeer bei der SPD auf Ablehnung.

EU-Mission ATALANTA vor der somalischen Küste

Die EU-Mission ATALANTA bekämpft auf der Grundlage eines UN-Mandats und eines EU-Beschlusses die zunehmende Piraterie vor der somalischen Küste. Ziel ist es, die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicherzustellen und den zivilen Schiffsverkehr zu schützen. Der Bundestag stimmte der Mandatsverlängerung mit großer Mehrheit zu.

EU-Mission ALTHEA in Bosnien und Herzegowina

Auch die Beteiligung deutscher SoldatInnen an der EU-Mission ALTHEA in Bosnien und Herzegowina wurde vom Bundestag mit großer Mehrheit verlängert. Grundlage des Einsatzes der gegenwärtig noch rund 120 SoldatInnen ist ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die Mission soll dazu beitragen, die inzwischen weitgehend stabile Sicherheitslage Bosnien und Herzegowinas aufrecht zu erhalten und den Weg des Landes zu einem friedlichen und demokratischen Rechtsstaat zu unterstützen. Sollte die Sicherheitslage weiter stabil bleiben, soll im Frühjahr 2011 ein Teil der Truppen abgezogen und die Präsenz in der Fläche beendet werden.

Regierungsantrag zur NATO-Operation Active Endeavor von SPD abgelehnt

Der Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung der von der NATO geführten Operation Active Endeavor (OAE) stieß bei der SPD-Fraktion auf Ablehnung. Die Mission verfolgt seit 2003 das übergeordnete Ziel, einen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung zu leisten. Dies geschieht insbesondere durch die Kontrolle und Überwachung des Seeverkehrs im Mittelmeer. Völkerrechtliche Grundlage des Einsatzes ist bis heute der von der NATO nach den Anschlägen vom 11. September 2001 festgestellte Verteidigungsfall nach Art. 5 des NATO-Vertrages. Die SPD-Fraktion kritisierte, dass die Mission auch weiterhin mit einem sogenannten „robusten Mandat“ ausgestattet bleibt. Konkret bedeutet das, dass der Operationsplan weiterhin den Einsatz militärischer Gewalt erlaubt, obwohl die Operation eine reine Präsenz- und Überwachungsmission ist. Aus unserer Sicht ist ein solches robustes Mandat nicht mehr notwendig und

völkerrechtlich fragwürdig. Auch die Bundesregierung kann dafür keine glaubhafte Begründung liefern. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Eler betonte, dass sich unsere Ablehnung nicht gegen den eigentlichen Auftrag der Bundeswehr richtet, den Seeverkehr im Mittelmeer zu kontrollieren: „Das Nein unserer Fraktion ist Folge des ungenauen und unseriösen Antrags der Bundesregierung, der zum einen gegen das Prinzip der Mandatsklarheit und -wahrheit verstößt und sich zum anderen mit Hinweis auf Artikel 5 des NATO-Vertrags neun Jahre nach dem 11. September auf einer völkerrechtlich fragwürdigen Basis bewegt.“ Mit den Stimmen von Union und FDP gab es im Bundestag nur eine knappe Mehrheit für die Mandatsverlängerung.

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Mitte

Engagierte brauchen Unterstützung



Als Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement möchte ich anlässlich des internationalen Tages der Freiwilligen folgendes betonen: Zivilgesellschaftliches Engagement ist das Salz unserer Demokratie!

Der 5. Dezember ist internationaler Tag der Freiwilligen - Anlass, allen bürgerschaftlich Engagierten erneut meine Wertschätzung und Anerkennung auszusprechen. Sie sind das Salz der Demokratie. Auch in Tempelhof-Schöneberg engagieren sich unzählige jüngere und ältere Bürgerinnen und Bürger in Sport-, Kultur- und Musikvereinen, in Kirchen, in der Pflege, in der Eine-Welt-Bewegung, in Eltern- und Umweltinitiativen, bei der Freiwilligenfeuerwehr oder im Sanitäts- und Rettungsdienst, in Parteien und Gewerkschaften, MigrantInnenvereinen und weiteren Zusammenhängen in und für Berlin: Ich danke für diesen vielfältigen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie, für sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität. Freiwillige brauchen die Politik als verlässlichen Partner an ihrer Seite. In den letzten Jahren ist viel passiert: Die SPD hat dafür gesorgt, dass Engagement durch Verbesserungen im Vereinsrecht, bei Haftungsfragen und im Unfallschutz rechtlich besser gestellt wurde. Spenden und Stiften wurde erleichtert und transparenter. Die SPD hat die Jugendfreiwilligendienste ausgebaut, so wurde mit „Weltwärts“ eine attraktive Möglichkeit geschaffen, ein Soziales oder Öko-logisches Jahr im Ausland zu absolvieren. Aber auch die Älteren

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



konnten sich im generationsoffenen Freiwilligendienst engagieren. Die SPD hat bereits 2002 das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement initiiert - denn bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Strukturen. Wir haben den Prozess der nationalen Engagementstrategie angestoßen und das Nationale Forum für Engagement und Partizipation ins Leben gerufen. Entgegen der klugen und zukunftsweisenden Handlungsempfehlungen von über 300 „Freiwilligen“-ExpertInnen wird Engagementpolitik durch die Bundesregierung allerdings nicht weiterentwickelt sondern mit dem Bundeshaushalt 2011 sogar wieder entwertet:

- **Mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst als Zivildienstersatz wird eine Konkurrenz, werden Doppelstrukturen geschaffen, die das gut funktionierende Freiwillige Jahr FSJ und das Freiwillige Ökologische Jahr FÖJ zu Diensten zweiter Klasse degradiert.** Zu hohe Mindestzeitgrenzen schränken hier das Engagement Älterer ein.
- **Die Soziale Stadt wird totgespart.** Das Programm Soziale Stadt hat auch Tempelhof-Schöneberg zu einer neuen Lebensqualität verholfen. Das Quartiersmanagement im „Schöneberger Norden“ ist ein sichtbar erfolgreiches Projekt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat jetzt 75 % der Mittel gestrichen. In Zukunft wird nur noch in Beton investiert, demokratische Beteiligung und Arbeit am Gemeinwohl bleiben auf der Strecke.
- **Künftig werden Arbeitslose für bürgerschaftliches Engagement bestraft:** Wer für sein Engagement eine Aufwandsentschädigung erhält, bekommt dies trotz nachweisbarem Mehraufwand voll vom Arbeitslosengeld abgezogen.

Bürgerschaftliches Engagement ist die Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Es ist keine Ersatzleistung für staatliches Handeln. Es ist aber auch nicht zum Null-Tarif zu haben. Die SPD steht für eine Politik, die das Engagement möglich macht, unterstützt und wertschätzt. Denn nur auf diesem Weg gelangen wir zu einer solidarischen BürgerInnengesellschaft. Wie die SPD die „Engagementpolitik im Dialog mit der Bürgergesellschaft“ und welche Anforderungen sie sieht, ist der Großen Anfrage Drucksache 17/3712 zu entnehmen.

Tempelhof-Schöneberger Betriebs- und Personalräte im Bundestag

Betriebs- und PersonalrätInnen sowie SchwerbehindertenvertreterInnen aus ganz Deutschland versammelten sich am 01. Dezember zum traditionellen



Meinungsaustausch mit der SPD-Bundestagsfraktion. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, welche Weichenstellungen nötig sind, um Vollbeschäftigung zu erreichen, prekäre Arbeit zurückzudrängen und sichere und gesunde Arbeit zu schaffen.

Die Betriebsräte- und Personalrätekonferenz stand unter dem Titel „Für Vollbeschäftigung kämpfen - für sichere und gesunde Arbeit“. Andrea Kühnemann, Vorsitzende des Personalrates des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg, Eberhard Heinze, Personalrat des Jobcenters Neukölln, Helmfried Hauch, Schwerbehindertenvertreter der BSR, Bernd Flore, Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und Ramona Charpentier, Vertrauensperson der Schwerbehindertenvertretung von Vivantes, setzen sich in ihren jeweiligen betrieblichem Umfeld aktiv für sichere und gesunde Arbeit, gegen prekäre Beschäftigungen ein. Der allgemeine Mindestlohn, eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch in der Leiharbeit sind die wichtigen gemeinsamen Ziele, für die wir alle kämpfen. Das ist meine feste Überzeugung.

Für Vollbeschäftigung kämpfen - sichere und gesunde Arbeit schaffen

Begrüßt wurden die TeilnehmerInnen von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Seine Botschaft: Gute Arbeit und Vollbeschäftigung sind keine Gegensätze. Er verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, dass die Sozialpartner, die Betriebsräte, die Unternehmen und die SPD in der Wirtschaftskrise vieles richtig gemacht haben, was sich jetzt am Anstieg der Beschäftigung zeigt. Er erinnerte an die von der SPD in der Großen Koalition gegen den Widerstand aus der Union durchgesetzten Anti-Krisen-Programme, zu denen auch die geförderte Kurzarbeit zählte. Die SPD hat damit neben dem „Rettungsschirm für Banken auch einen Rettungsschirm für Arbeitsplätze“ gespannt.

Die schlechte Nachricht: Die schwarz-gelbe Koalition ist das größte Risiko für die Fortsetzung der Entspannung am Arbeitsmarkt. Union und FDP glauben, der Aufschwung sei von alleine gekommen. Sie nutzen nicht die Chance, in der jetzigen Situation die Weichen ins nächste Jahrzehnt richtig zu stellen.

Vollbeschäftigung ist möglich

Unser Ziel: Vollbeschäftigung spätestens Ende des Jahrzehnts. Dafür müssten jetzt die Weichen gestellt werden. Zwar ist es auch nach vielen Jahren engagierter Arbeitsmarktpolitik noch nicht gelungen, die Spaltung des Arbeitsmarktes zu überwinden. Steinmeier verwies insbesondere auf die „verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit“ und nannte die Lage vieler Älterer, Geringqualifizierter oder auch jüngerer MigrantInnen. „Aber die Spaltung des Arbeitsmarktes ist kein Schicksal“, ist Steinmeier überzeugt. Zu

den notwendigen Weichenstellungen gehören eine Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungs-offensive, das Recht auf einen Schulabschluss, der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, Sprachförderung, eine bessere Vermittlung bei den Arbeitsagenturen - aber auch eine aktive Integrations- und Gleichstellungspolitik für Frauen.

Auch hier scharfe Kritik an Schwarz-Gelb: Die Haushaltskürzungen bei Qualifizierung und Vermittlung seien eine „echte Sabotage von Teilhabepolitik. Wenn man den Kommunen Geld wegnimmt - wie sollen sie dann Betreuungsangebote für Kinder ausweiten?“

Gesunde Arbeit

Im zweiten Teil der insgesamt rund 7stündigen Konferenz stand am Nachmittag das Thema „gesunde Arbeit“ im Mittelpunkt. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach erläuterte die Folgen der schwarz-gelben Gesundheitspolitik für ArbeitnehmerInnen. Weitere Fragen waren die Situation Schwerbehinderter sowie das Gesundheitsmanagement in Betrieben.

Welt-Aids-Tag: Gedenk-Stelen-Einweihung

Anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember habe ich in diesem Jahr meine Solidarität und Unterstützung mit den Betroffenen bei der Einweihung der Gedenk-Stele „Gegen das Vergessen“ am 30. November vor der Urania bekundet. Ich unterstütze ebenfalls mit Nachdruck das diesjährige Motto des Welt-Aids-Tages 2010, „Gemeinsam gegen Aids - Wir übernehmen Verantwortung für uns selbst und andere!“. Daher bitte ich auch wieder Sie um Ihre Unterstützung - helfen Sie mit, unterstützen Sie unter <http://www.berlin-aidshilfe.de/> die Kampagnen zum Welt-Aids-Tag. Jede/r ist aufgerufen etwas zu tun - jede Spende hilft!



In einer globalen Welt müssen wir dafür Verantwortung übernehmen und Unterstützung leisten, dass Information und Aufklärung sich auch an Bürgerinnen und Bürger aus Ländern mit einer hohen HIV/AIDS-Rate richten. Nach Aussagen der Vereinten Nationen ist in Russland, der Ukraine oder Estland bereits fast jeder 100ste Mensch mit HIV infiziert. Eine umfassende Prävention wird deshalb umso wichtiger.

Die CDU/CSU- und FDP-Regierungsfraktionen kürzen 2011 die Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie zur HIV/AIDS-Bekämpfung in Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa drastisch. Damit erweckt die Bundesregierung den Eindruck, dass HIV/AIDS nicht mehr gefährlich sei. Dies ist aber grundlegend falsch, wie die seit einiger Zeit steigende Zahl der Neuinfektionen zeigt. Die Kürzung der Bundesmittel für die HIV/AIDS-Bekämpfung in Zusammenarbeit mit Osteuropa von 1,1 Millionen € auf 250.000 € ist gesundheitspolitisch kontraproduktiv. Die Förderung wirkungsvoller Aufklärung und Prävention, die multisektorale Zusammenarbeit bei der Personalqualifizierung und die grenzüberschreitende Solidarität mit Betroffenen braucht mehr, nicht weniger finanzielle Unterstützung.



Migrationspolitischer Empfang in Berlin-Mitte

Am 29. November veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD Berlin-Mitte zum ersten Mal einen Festempfang im großen Festsaal ForX in der Mohnenstrasse. Anwesend waren u.a. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister Mitte, Ehrhart Körting, Senator für Inneres und Sport, Kenan Kolat, Vorsitzender des Arbeitskreises Integration und Migration beim SPD-Partei-vorstand, Dr. Eva Högl, SPD-Bundestagsabgeordnete für Berlin-Mitte, Sebastian Edathy (MdB), Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und ich, Mechthild Rawert (MdB), stellv. Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Namen des Vorstandes bedankte sich Ilkin Özisik, Vorsitzender der AG Migration der SPD Berlin-Mitte, unter großem Applaus für das überwältigende Interesse an der Veranstaltung seitens der zahlreichen Verbände, Vereine und auch der Politik. Das mache deutlich, dass die mittlerweile über 143.681 Menschen mit Migrationshintergrund ein integraler Bestandteil der Gesellschaft im Bezirk Mitte sind. „Sie leisten wie alle anderen BürgerInnen ihren gesellschaftlichen Beitrag als ArbeitnehmerInnen oder UnternehmerInnen und sind aus dem zivilgesellschaftlichen Leben z.B. in Elternbeiräten oder politischen Gremien nicht mehr wegzudenken“, so Ilkin Özisik weiter. „Auch bei den Direktwahlkreis- bzw. Listen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wie auch zur Bezirksverordnetenversammlung sind Menschen mit Migrationshintergrund vertreten.“

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

Willkommen- und Anerkennungskultur stärken

Kenan Kolat verwies auf die notwendigerweise immer noch auszubauende Willkommen- und Anerkennungskultur: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die sich im Ausland gut qualifiziert haben, in Deutschland bislang nur unzureichende Chancen auf die Anerkennung dieser Bildungsabschlüsse haben.“

Demokratie ist Toleranz, Demokratie ist Vielfalt

Meine Rede machte deutlich, dass Partizipation und Teilhabe das Salz der Demokratie ist. Die Stärkung von Demokratie ist das Ziel überhaupt. Angesichts des demographischen Wandels stehen alle BürgerInnen vor einer historisch neuen Herausforderung. Junge Menschen, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, stellen heute eine Art „Mangelware“ dar. Daher ist es unverzeihlich, dass bundesweit immer noch 70.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Weiterhin muss mit der offenen oder verdeckten Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund seitens der ArbeitgeberInnen ein Ende gemacht werden. Wir alle müssen lernen, in einer offenen und pluralen Gesellschaft friedlich miteinander zusammen zu leben.

■ Terminhinweise

Dienstag, 7. Dezember

- *Integrationszentrum Harmonie e.V.*
Als Schirmherrin des Projektes „Raduga“ übergibt Mechthild Rawert zusammen mit Gün Tank, Integrationsbeauftragte von Tempelhof-Schöneberg, Zertifikate.
15:00 – 18:00 Uhr
Integrationszentrum Harmonie e.V., Katzlerstr. 11

Mittwoch, 8. Dezember

- *FES-Veranstaltung: Präventionskette Dormagen – ein Modell für gesundes Aufwachsen für alle?*
Mechthild Rawert ist Podiumsteilnehmerin zum Thema „Kindbezogene Armutsprävention - Handlungserfordernisse, Prozesse und strukturelle Anforderungen“
Ärzttekammer, Friedrichstr. 16, 10969 Berlin

- *BürgerInnen-Sprechstunde in Reinickendorf*
13:00 – 17:00 Uhr
SPD Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin
Bitte unbedingt anmelden unter:
mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder telefonisch unter: 72 01 38 84. Danke.

Mittwoch, 15. Dezember

- *Eigene Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung: „Regelsätze und Bildungsbeitrag - schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?“*
Anlässlich der Bundesratsentscheidung über die Neufestlegung der Regelsätze für ALG-II-Beziehende und ihre Angehörigen diskutieren wir darüber, ob der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nach Transparenz und gleichberechtigter Teilhabe mit den schwarzen Gesetzen erfüllt wird. Wir SozialdemokratInnen sind überzeugt: Nein!
Mit Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soz. Integration der SPD-Bundestagsfraktion; Johannes Wörn, Leiter der Abteilung "Arbeit, Soziales, Europa des AWO-Bundesverbandes; Andreas Kalbitz, Fachreferent für den Bereich Soziale Sicherung/Kinderarmut des Deutschen Kinderschutzbundes und Barbara König, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie.
19.30 - 21.15 Uhr
AWO Bundeszentrale e.V. im Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63 10961 Berlin

FRAKTION VOR ORT: Mittwoch, 15. Dezember, 19:30 Uhr, AWO Bundesverband e.V.
Regelsätze und Bildungsteilhabe - Diskussionsveranstaltung
Schaffen die Neubewertungen Chancengleichheit?

ANMELDUNG: über meine Website
www.mechthild-rawert.de

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser
oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

